

Niederschrift

über die Sitzung am Dienstag, 10.01.2006
im Kreishaus Borken
Kreisausschuss-Sitzungssaal (2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Herr Wilhelm Stilkenbäumer 48734 Reken

Mitglieder:

Frau Bernadette Aehling	46325 Borken	Vertretung für Frau Silke Sommers
Frau Dr. Marie-Elisabeth Averkamp	48734 Reken	
Herr Hubert Bestert	46354 Südlohn	
Frau Barbara Büscher	48703 Stadtlohn	
Frau Heidi Buskase	48599 Gronau	
Herr Manfred Daberkow	48599 Gronau	
Herr Dietmar Eisele	48683 Ahaus	
Herr Markus Jasper	48619 Heek	anwesend bis TOP 2
Herr Gerhard Ludwig	46325 Borken	
Herr Johannes Maus	46342 Velen	
Frau Gerda-Marie Möller	48734 Reken	
Frau Stephanie Pohl	48712 Gescher	
Herr Björn Poleschner	46325 Borken	
Frau Ursula Schulte	48691 Vreden	
Frau Gerti Tanjsek	46397 Bocholt	
Frau Ursula Zurhausen	46325 Borken	

Vertreter/innen der Verwaltung:

Herr Werner Haßenkamp
Herr Reinhard Groschke
Frau Annette Scherwinski
Herr Hans Ritter
Frau Doris Gausling
Herr Jürgen Ahlte
Herr Jürgen Bietenbeck

Antrag Nr. 01-01: Personal- und Sachkostenzuschuss für den Verein „frauen für frauen“

Da im Budget 01 bereits die beantragten Fördermittel in Höhe von 15.000 € eingestellt sind, zieht Mitglied Eisele diesen Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zurück.

Antrag 01-02: Erhöhung der Kennzahlen der Produkte 01.01.03.11 – 14 und Bereitstellung der hierfür erforderlichen Mittel

Mitglied Eisele erläutert die Intention dieses Antrages der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN dahingehend, dass verknüpft mit dem Projekt „Leben im Alter neu denken“ versucht werden solle, die Verweildauer der betreffenden Personen zu Hause durch bessere Bedingungen im Umfeld zu erhöhen. Die Deckung des Mehraufwandes solle durch die in Rest gestellten Mittel für den Ausbau des Flughafens Stadtlohn/Vreden erfolgen.

Nach dem Hinweis, dass sich die Kennzahlen der Produkte 01.01.03.11 – 14 lediglich auf die gesetzliche Pflichtaufgabe der zu leistenden Hilfe zur Pflege beziehen, wird der Antrag zurückgezogen.

Anträge 01-05/01-03: Förderung der hauptamtlichen Familienpflege

Mitglied Schulte begründet den Antrag der SPD-Fraktion damit, dass die Krankenkassen nichts unternehmen würden und insofern die Familienpflege zurückginge. Damit sei es eine politische Entscheidung, die hauptamtliche Familienpflege nicht sterben zu lassen.

Mitglied Eisele ergänzt hierzu, dass die Verwaltung zwar die Notwendigkeit der Familienpflege sehe, jedoch nicht die Notwendigkeit tätig zu werden.

Vorsitzender Stilkenbäumer erinnert daran, dass man die Förderung der hauptamtlichen Familienpflege nach dem Ausstieg des Landes übernommen habe, diese jedoch letztendlich wieder aufgegeben habe, weil nicht der Kreis sondern die Krankenkassen zuständig seien.

Mitglied Pohl erklärt, dass die CDU-Fraktion den Anträgen nicht zustimmen werde. Es sei zwar bedauerlich, dass keine kostendeckende Vergütung mit den Krankenkassen zu vereinbaren sei, der Kreis Borken könne jedoch nicht als Ausfallbürge einspringen. Die Anbieter würden zudem ihre Angebote entsprechend umstrukturieren. Außerdem stünden für besondere Hilfssituationen entsprechende Möglichkeiten in den verschiedenen Sozialgesetzbüchern zur Verfügung.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt zuerst über den weitergehenden Antrag der SPD-Fraktion (Antrag Nr. 01-05) abstimmen.

Beschluss:

- 4 Ja-Stimmen
- 11 Nein-Stimmen
- 2 Enthaltungen

Der Antrag der SPD-Fraktion Nr. 01-05 auf eine Förderung der hauptamtlichen Familienpflege mit einem Betrag in Höhe von 100.000 € wird abgelehnt.

Anschließend lässt Vorsitzender Stilkenbäumer über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Antrag Nr. 01-03) abstimmen.

Beschluss: 2 Ja-Stimmen
 11 Nein-Stimmen
 4 Enthaltungen

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Nr. 01-03 auf eine Förderung der hauptamtlichen Familienpflege mit einem Betrag in Höhe von 25.000 € wird abgelehnt.

Antrag 01-04: Förderung von Altenveranstaltungen(korrekt: Altentagesstätten!)

Mitglied Eisele führt aus, dass die Förderung von Altenveranstaltungen auch im Jahr 2006 fortgesetzt werden solle, um diese im Hinblick auf die demografische Entwicklung und das Projekt „Alter leben neu denken“ als Informationsveranstaltungen zu nutzen.

Im Rahmen der weiteren Diskussion wird die Frage aufgeworfen, ob der Antrag sich auf die Förderung von Altenveranstaltungen oder von Altentagesstätten beziehe. Die Förderungen von Altenveranstaltungen wurde bereits vor drei Jahren eingestellt, die Förderung der Altentagesstätten anschließend sukzessive heruntergefahren. Mitglied Eisele ändert insofern den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN auf die Förderung von Altentagesstätten ab.

Auf Nachfrage des Mitglieds Zurhausen erläutert Herr Groschke, dass die im Rahmen der Haushaltsberatungen 2005 geforderte Recherche ergeben habe, dass trotz der Mittelkürzungen von den 17 Altentagesstätten, die geantwortet hätten, nur zwei in andere Räumlichkeiten umgezogen seien, aber ihre Aktivitäten beibehalten hätten.

Mitglied Pohl erklärt, dass die CDU-Fraktion den Antrag ablehnen werde. Es sei nicht sinnvoll alte Dinge neu aufzuwärmen; eine neue Entwicklung sei durch das Projekt „Alter leben neu denken“ vorgegeben. Mit der Entwicklung der Projekte gehe auch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit einher.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Antrag Nr. 01-04) abstimmen.

Beschluss: 6 Ja-Stimmen
 10 Nein-Stimmen
 1 Enthaltung

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Nr. 01-04 auf eine Förderung der Altentagesstätten mit einem Betrag in Höhe von 11.600 € wird abgelehnt.

Antrag 01-06: Vorlage eines Berichtes zur Entwicklung der komplementären Dienste im Kreis Borken

Mitglied Pohl erläutert kurz den Antrag der CDU-Fraktion; Vorsitzender Stilkenbäumer lässt anschließend über den Antrag abstimmen.

Beschluss:

16	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
1	Enthaltung

Die Verwaltung wird gebeten, bis zur Mitte des Jahres 2006 einen Bericht zur Entwicklung der komplementären Dienste im Kreis Borken vorzulegen.

Anträge 04-01/04-03: Förderung der familienorientierten Arbeit mit Kindern und Jugendlichen alkoholabhängiger Eltern-/teile „Kolibri“

Mitglied Schulte erklärt zu dem Antrag der SPD-Fraktion, dass Gespräche mit dem SKM finanzielle Defizite aufgezeigt hätten, da die Stadt Bocholt nur insoweit fördere, als Bocholter Bürger die Einrichtung in Anspruch nehmen würden; Kolibri sei jedoch die einzige Anlaufstelle im Kreis Borken. Die Arbeit von Kolibri halte man für sehr wichtig, so dass mit einer Förderung in Höhe von 3.000 € eine Anerkennung der Arbeit ausgesprochen werde.

Mitglied Pohl macht darauf aufmerksam, dass der Kreuzbund Gescher ebenfalls die Kinder und Familien suchtabhängiger Eltern betreue, dies jedoch ohne eine Bezuschussung geschehe. Die Aufgabe sei notwendig und sinnvoll, das Beispiel des Kreuzbundes zeige jedoch, dass es auch anders gehe. Insbesondere sei die Zusammenarbeit mit den Suchtberatungsstellen erforderlich. Der Kreuzbund Gescher arbeite mit der Suchtberatungsstelle in Ahaus zusammen.

Auf die Frage der finanziellen Unterstützung kann Vorsitzender Stilkenbäumer unterrichten, dass eine Förderung durch die Krankenkassen erfolge, solche Mittel seien Kolibri jedoch nicht mehr zugänglich.

Mitglied Schulte vertritt die Auffassung, dass der Ansatz und die Arbeitsweise von Kolibri professioneller seien. Mitglied Ludwig ergänzt hierzu, dass die Unterstützung des Kreuzbundes durch die Suchtberatungsstellen als versteckte Förderung mit zu berücksichtigen sei.

Herr Haßenkamp stellt die Frage, welche Struktur man fördern wolle. Diese Diskussion sei bereits vor zwei Jahren geführt worden. Der Kreuzbund arbeite daran im Kreis Borken weitere Gruppen aufzubauen, Kolibri habe sich nicht ausgeweitet.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über die Anträge der SPD-Fraktion (Antrag Nr. 04-03) und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN (Antrag Nr. 04-01) gemeinsam abstimmen.

Beschluss: 7 Ja-Stimmen
 10 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

Die Anträge der SPD-Fraktion Nr. 04-03 und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Nr. 04-01 auf eine Förderung der familienorientierten Arbeit mit Kindern und Jugendlichen alkoholabhängiger Eltern-/teile „Kolibri“ mit einem Betrag von (mindestens) 3.000 € werden abgelehnt.

Antrag 04-02: Sachausgaben für präventive Maßnahmen der Suchtvorbeugung für EinwohnerInnen unter 25 Jahren

Im Hinblick auf die Ausführungen von Frau Scherwinski zum TOP 1 „Maßnahmenplanung 2006“ und der ergänzenden Information, dass die aus dem Bereich der Kommunalen Gesundheitskonferenz zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von ca. 9.000 € ausreichend seien, zieht Mitglied Eisele den Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN Nr. 04-02 zurück.

Nach der Abhandlung der gestellten Anträge geht Vorsitzender Stilkenbäumer an Hand der mitübersandten Auszüge die einzelnen Seiten der Budgets 01 und 04 mit den Ausschussmitgliedern durch. Sachfragen werden hierbei geklärt.

Zu dem auf der Seite 23 angesprochenen Bereich der Schuldnerberatung bittet Mitglied Schulte um Informationen zu der Anzahl der Personen, die die Schuldenerberatung aufsuchen. Herr Haßenkamp sagt eine diesbezügliche Auskunft im Rahmen der Berichterstattung zum SGB II Mitte 2006 zu.

Zudem bittet Mitglied Schulte zu dem Aspekt vollstationäre Hilfe zur Pflege (Seite 29) um Zahlenmaterial zur Auslastung der Pflegeheime im Kreis Borken. Nach vorliegenden Informationen solle bereits Druck auf Mitarbeiter von Heimen im Hinblick auf Lohnkürzungen ausgeübt worden sein. Außerdem scheinen Umzüge von alten in neue Pflegeheime zu erfolgen. Die Verwaltung wird hierzu Mitte des Jahres weiter berichten.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
 5 Nein-Stimmen
 2 Enthaltungen

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit empfiehlt dem Kreistag die Annahme der Budgets 01 „Soziales“ und 04 „Gesundheitswesen“ für das Jahr 2006.

**Punkt 3: Projekt "Leben im Alter neu denken" - Auswahl Besondere Auszeichnung Innovation
Vorlage: 0312/2005**

Berichterstatterin: Frau Gausling

Frau Gausling erläutert kurz den Inhalt der Sitzungsvorlage.

Vorsitzender Stilkenbäumer lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit nimmt die im Rahmen der „Besonderen Auszeichnung Innovation“ ausgewählten Angebote zur Kenntnis:

- Individuelles Trainingsprogramm im häuslichen Umfeld nach einer Krankenhausentlassung vom Deutschen Roten Kreuz, Kreisverband Borken, in Kooperation mit der Ev. Lukas-Krankenhaus Gronau gGmbH zum Preis von 52.900 Euro und
- das Projekt „von morgens bis abends“ mit den Elementen Ambulante Ernährungsberatung, Internetplattform und Komplettversorgung von morgens bis abends des Henricus-Stiftes Südlohn zum Preis von 50.000 Euro.

**Punkt 4: Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit für das Jahr 2006
Vorlage: 0314/2005**

Berichterstatter: Herr Haßenkamp

Vorsitzender Stilkenbäumer regt an, bei Bedarf in dem Zeitraum 30.05.2006 bis 05.09.2006 eine zusätzliche Sitzung anzuberaumen. Er lässt über den Beschlussentwurf abstimmen.

Beschluss: einstimmig

Die Terminplanung für die Sitzungen des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit für das Jahr 2006 wird zur Kenntnis genommen.

Punkt 5: Mitteilungen der Verwaltung

Punkt 5.1: Kommunale Gesundheitskonferenz

Die Kommunale Gesundheitskonferenz hat seit der letzten Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit nicht getagt.

Punkt 5.2: Kreispflegekonferenz

Herr Groschke berichtet darüber, dass in der letzten Sitzung der Kreispflegekonferenz am 19.10.2005 die Maßnahmen folgender Einrichtungsträger vorgestellt worden seien:

Modernisierung des Altenpflegeheimes St. Josef, Stadtlohn

Zur Zeit verfüge die Einrichtung über 78 Plätze; nach der Modernisierung würden 80 Plätze vorhanden sein. Die Bauzeit werde voraussichtlich zwei Jahre belaufen.

Schaffung einer Kurzzeitpflegeeinrichtung in Haus Hall, Gescher

Bislang hätten Menschen mit Behinderungen in den bestehenden Wohngruppen von Haus Hall vorübergehend betreut werden können. In der Vergangenheit sei jedoch der Wunsch entstanden, eine eigene Kurzzeitpflegeeinrichtung zu erhalten. Seit dem 01. April halte nunmehr das Haus Hall eine Kurzzeitpflegegruppe mit zehn Plätzen in sechs Einzel- und zwei Doppelzimmern vor.

Modernisierung und Erweiterung des Altenpflegeheimes St. Niklas, Südlohn

Auf Grund landespflegerischer Bestimmungen sei vorgesehen, in mehreren Bauabschnitten neben der Modernisierung der Einrichtung die Platzzahl auf insgesamt 50 Plätze auszu dehnen, wobei 10 Plätze in Doppelzimmern und 40 Plätze in Einzelzimmern entstehen würden.

Schaffung einer Tagespflegeeinrichtung durch die St. Antonius Hospital Gronau GmbH

Die Einrichtung werde ab Januar 2006 ihren Betrieb mit 12 Plätzen aufnehmen. Standort der Einrichtung sei ein älteres, frei stehendes Einfamilienhaus in unmittelbarer Nähe des St. Antonius-Hospitals Gronau, das entsprechend den baulichen Anforderungen nach dem Landespflegerecht NW modernisiert und erweitert worden sei.

Ersatz-Neubauten und Modernisierung des St. Antonius-Hauses, Schöppingen

Nach der Fertigstellung der Maßnahmen bleibe die Platzzahl unverändert bei 45 Plätzen bestehen.

Punkt 5.3: Berichterstattung Arbeitslosenzahlen

Herr Haßenkamp macht darauf aufmerksam, dass in einer Berichterstattung zu den Arbeitslosenzahlen behauptet worden sei, der Kreis Borken sei nicht in der Lage, die erforderlichen Daten vernünftig zu melden. Er gehe davon aus, dass diese Aussage so nicht vom Leiter der Agentur für Arbeit Coesfeld, Herrn Leschniok, gemacht worden sei. Seit dem 01.10.2005 liefere der Kreis Borken im dritten Monat vollständige Daten.

Punkt 6: Anfragen

**Punkt 6.1: AIDS-Hilfe Westmünsterland e.V. in Ahaus
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die GRÜNEN vom 03.01.2006
Vorlage: 0002/2006**

Auf die schriftliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 03.01.2006 wird wie folgt geantwortet:

- 1) Wird der Stellenansatz von 2005 übernommen?

Der Stellenansatz ist unverändert.

- 2) Wie hoch ist die Zahl der Neuinfektionen im Jahr 2005?

Bezüglich der HIV-Infektionen gibt es keine Meldepflicht. Der Fachbereich Gesundheit hat jedoch von 12 Neuinfektionen erfahren. Damit liegt der Kreis im Landestrend mit rd. 20 % mehr Neuinfektionen als in den Vorjahren. Dies zeigt, dass Aufklärung und Prävention unverändert wichtig sind.

- 3) Wie hoch ist der Zuschuss für 2006?

21.700 €

- 4) Ist die Verwaltung der Auffassung, dass durch den bevorstehenden Wegfall der Landesmittel eine Erhöhung der Zuschüsse durch den Kreis nötig ist?

Ob und inwiefern die Landesmittel entfallen werden, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Eine Förderzusage besteht noch bis April 2006. Eine endgültige Entscheidung ist nach Informationen des Kreises noch nicht getroffen.

**Punkt 6.2: Widerspruchsbearbeitung im SGB II
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN vom 03.01.2006
Vorlage: 0003/2006**

Auf die schriftliche Anfrage der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 03.01.2006 wird wie folgt geantwortet:

1. Wie hoch ist die Zahl der Widersprüche zu ergangenen Bescheiden im Jahr 2005?

In 2005 sind für den Bereich SGB II 568 Widersprüche eingegangen.

2. Wie lang ist die Bearbeitungszeit der Widersprüche?

Die Bearbeitungszeit beträgt zur Zeit ca. 4 – 6 Wochen.

3. Wie hoch ist die Zahl der anhängigen gerichtlichen Auseinandersetzungen?

Es sind noch 60 Verfahren beim Sozialgericht anhängig, davon 43 beim Kreis Borken, 13 bei der Stadt Bocholt und 4 bei der Stadt Borken. Bocholt und Borken führen die Rechtsstreite eigenständig.

Punkt 6.3: Vogelgrippe

Auf die Nachfrage des Mitglieds Schulte, ob der Kreis Borken im Hinblick auf die Vogelgrippe gut gerüstet sei, informiert Frau Scherwinski die Ausschussmitglieder darüber, dass ein ent-

sprechender Grippepandemieplan erstellt sei. Mit prophylaktischen Mitteln könnten 30% der Bevölkerung versorgt werden. Die Herstellung eines Impfstoffes würde jedoch erfahrungsgemäß eine Vorlaufzeit von drei Monaten erfordern. Die Impfungen würden im Notfall an vier Standorten im Kreis Borken stattfinden.

Punkt 6.4: Zahnreihenuntersuchung

Mitglied Pohl bittet um Informationen, welche Auswirkungen die Verringerung der Zahnreihenuntersuchungen gezeigt hätten und wie die Praxis der Reihenuntersuchungen aussähe. Frau Scherwinski stellt hierzu klar, dass auch weiterhin in den Grundschulen jährlich alle Jahrgänge untersucht würden, es also keine Reduzierung der Zahnreihenuntersuchungen gäbe. In den Kindergärten würden Veranstaltungen der Kariesprophylaxe durchgeführt. Die Zahl der Prophylaxetermine habe sich ebenfalls nicht verändert, die tätigen Kräfte würden von den Krankenkassen bezahlt. Weitergehende Informationen würden im laufenden Jahr im Rahmen eines Berichtes erteilt.

Punkt 6.5: Schuleingangsuntersuchung

Mitglied Schulte fragt nach, welche Erkenntnisse bezüglich der neu beschrittenen Wege bei der Schuleingangsuntersuchung gewonnen worden seien. Frau Scherwinski sagt diesbezüglich eine Berichterstattung in einer der nächsten Sitzungen zu.

Punkt 6.6: Hilfen für werdende Mütter in besonderen Notlagen

Mitglied Eisele informiert darüber, dass im Kreis Warendorf die Zuwendungen für werdende Mütter in besonderen Notlagen auf 600 € pro Fall erhöht worden seien, und bittet um Mitteilung, wie im Kreis Borken verfahren werde. Frau Scherwinski erklärt hierzu, dass die entsprechenden Mittel beim Kreis Borken nicht ausgeschöpft seien, entgegen der Vorgehensweise im Kreis Warendorf sei die Hilfe nicht gedeckelt, somit könnten auch höhere Beträge gewährt werden. Die Entscheidungen würden abgestellt auf den Einzelfall flexibel in enger Absprache mit den Beratungsstellen getroffen.

Vorsitzender Wilhelm Stilkenbäumer schließt die Sitzung um 18:55 Uhr.

Wilhelm Stilkenbäumer
Vorsitzender

Jürgen Bietenbeck
Schriftführer